

 <p>KVA <small>Kommunales Jobcenter</small> Vogelsbergkreis</p> <p>Bahnhofstr. 49/51 36341 Lauterbach</p>	<p align="center">Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) - Arbeitslosengeld II/Sozialgeld -</p>	<p>A 1. Abschließende Angaben zum Einkommen aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb oder Land- und Forstwirtschaft nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes</p>
--	---	---

1. Letzter Bewilligungszeitraum

von _____ bis _____

2. Allgemeine Angaben

Vor- und Zuname des Selbstständigen	Geburtsdatum
-------------------------------------	--------------

3. Angaben zum Einkommen aus der selbstständigen Tätigkeit
(Grundlage sind die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben im Bewilligungszeitraum)

Einnahmen im gesamten Bewilligungszeitraum (siehe Punkt 1): _____ Euro

Ausgaben im gesamten Bewilligungszeitraum (siehe Punkt 1): _____ Euro

Für die detaillierten Angaben nutzen Sie bitte den beigefügten Vordruck „Angaben zum Einkommen aus selbständiger Tätigkeit“.

4. Weitere Aufwendungen im letzten Bewilligungszeitraum, die nicht Betriebsausgaben sind
(Legen Sie bitte soweit möglich entsprechende Nachweise vor)

4a Haben Sie bzw. o. g. Person Einkommensteuervorauszahlungen geleistet? ja nein
Wenn ja, am _____ in Höhe von _____ EURO, am _____ in Höhe von _____ EURO

4b Haben Sie Pflichtbeiträge zur Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherung gezahlt? ja nein
Wenn ja, monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

4c Haben Sie Beiträge zur privaten bzw. freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken-/Pflegeversicherung gezahlt? ja nein
Wenn ja, monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

4d Haben Sie Beiträge zur Altersvorsorge gezahlt?

Wenn ja, Beiträge

zur Rentenversicherung monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

zu einer kapitalbildenden Lebensversicherung monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

zu einer Versorgungseinrichtung monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

4e Entstehende Aufwendungen für die Fahrt zur Betriebsstätte werden zusätzlich mit 0,20 € je Entfernungskilometer vom Einkommen abgesetzt. Entstehen höhere notwendige Ausgaben, müssen diese nachgewiesen werden.

Die kürzeste Straßenverbindung zwischen Wohnung und Betriebsstätte in _____ .

Die Strecke beträgt _____ km (einfache Strecke).

Diese wurde regelmäßig an _____ Arbeitstagen je Woche zurückgelegt.

4f Haben Sie Prämien für eine Kfz-Haftpflichtversicherung (ohne Teil-/Vollkasko) gezahlt? ja nein

Wenn ja, monatlich 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich in Höhe von _____ EURO

4g Haben Sie Prämien für weitere gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen (z.B. Haftpflichtversicherungen für bestimmte Berufsgruppen) gezahlt? ja nein

Wenn ja, monatlich 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich in Höhe von _____ EURO

4h Haben Sie geförderte Altersvorsorgebeiträge nach § 82 EStG (Beiträge zur „Riester-Rente“) gezahlt? ja nein

Wenn ja, monatlich _____ in Höhe von _____ EURO

Hinweis:

Für andere private Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind und nicht zu den in Ziffer 4f-h genannten Versicherungen gehören (z.B. Haftpflicht, Hausrat), werden vom Einkommen pauschal 30 Euro abgesetzt. Für diese Versicherungen brauchen Sie daher keine Nachweise vorzulegen.

5. Verpflegungsmehraufwand

Sind Ihnen Mehraufwendungen für Verpflegung wegen einer täglichen Abwesenheit von mindestens 12 Stunden von Ihrer Wohnung bzw. Ihrem üblichen Beschäftigungsort, ohne dass eine doppelte Haushaltsführung vorliegt, entstanden? ja nein

Falls ja, an wie vielen Arbeitstagen im Bewilligungszeitraum (siehe Punkt 1) insgesamt? _____ Tage

Nach § 60 Abs. 1 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) hat derjenige, der Sozialleistungen beantragt oder erhält, alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Hilfebedürftigkeit liegt nicht vor, wenn Sie über ausreichendes Einkommen oder Vermögen verfügen. Die Pflicht zur Erteilung von Auskünften betreffend Einkommen oder Vermögen der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft ergibt sich aus § 60 SGB I.

Sollten Sie falsche bzw. unvollständige Angaben machen oder Änderungen nicht oder nicht unverzüglich mitteilen, müssen Sie und die Mitglieder Ihrer Bedarfsgemeinschaft nicht nur mit der Erstattung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen rechnen, sondern Sie setzen sich auch der Gefahr eines Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahrens aus. Bitte stellen Sie deshalb sicher, dass die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft über die Mitwirkungspflichten informiert sind und dass diese alle notwendigen Informationen erhalten.

Ort/Datum

Unterschrift
Antragssteller/Antragsstellerin

Ort/Datum

Unterschrift des gesetzlichen
Vertreters minderjähriger
Antragsstellerinnen/Antragssteller